

Finanz- und Wirtschaftsausschuss

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Finanz- und Wirtschaftsausschuss - öffentlich

Sitzungstermin: Montag, 24.03.2014

Raum: Ratssaal des Rathauses

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr

Sitzungsende: 17:54 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Gerd Langhorst B90/Grüne

ordentliche Mitglieder

Herr Dieter Ahlers CDU

Herr Thorsten Bohmann CDU

Herr Oliver Finkeisen CDU

Frau Susanne Lamers CDU

Herr Thorsten Menke CDU

Herr 2. stv. BM Klaus Hillen FFR

Herr Wilhelm Janßen SPD

Herr Rainer Meyer SPD

Herr Horst Segebade SPD

Frau Dr. Sabine Eyting B90/Grüne

Verwaltung

Herr Bürgermeister Dieter von Essen

Herr Günther Henkel

Herr Hans-Hermann Ammermann

Herr Frank Dudek

Herr Ralf Kobbe

Protokoll

Gäste

Frau Evelyn Fisbeck FDP

Frau Inge Langhorst B90/Grüne

Herr Frank Jacob von der Nordwest-Zeitung Rastede

Frau Kathrin Janout von der Rasteder Rundschau

Frau Diana Dräger vom Beratungshaus Schneider und Zajontz

Herr Martin Kremming von der Beratungsgesellschaft CIMA

sowie 5 weitere Zuhörer

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 09.12.2013
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Fortschreibung Einzelhandelskonzept
Vorlage: 2013/193
- 6 Niederschlagswassergebühr - Grundsatzbeschluss und Vorschaltsatzung
Vorlage: 2014/040
- 7 Zuwendungen des Jahres 2013
Vorlage: 2014/016
- 8 Optimierter Regiebetrieb des Bauhofes der Gemeinde Rastede; Jahresabschluss 2012
Vorlage: 2014/021
- 9 Haushalt 2013; Jahresabschluss
Vorlage: 2014/020
- 10 Durchführung Haushaltsplan 2014
Vorlage: 2014/042
- 11 Einwohnerfragestunde
- 12 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Langhorst eröffnet die öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses um 16.00 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Langhorst stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind elf stimmberechtigte Mitglieder.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 09.12.2013

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 09.12.2013 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

Einwohnerfragestunde

Herr Langhorst weist darauf hin, dass die Möglichkeit besteht, Fragen an die Verwaltung zu richten. Es folgen insgesamt 3 Anfragen der Zuhörer, die vom Bürgermeister von Essen beantwortet beziehungsweise deren Klärung zugesagt wird. Folgende Anliegen wurden inhaltlich thematisiert:

- Niederschlagswassergebühr
- Sandaufbringung auf den Wegen im Horstbusch
- Zustand der Wege im Stratjebusch

Tagesordnungspunkt 5

**Fortschreibung Einzelhandelskonzept
Vorlage: 2013/193**

Sitzungsverlauf:

Herr Henkel erläutert eingangs, dass im Rahmen des Kommunalmarketings in den vergangenen 10 Jahren mehrfach die Situation im Einzelhandel untersucht wurde, um rechtzeitig erkennen zu können, in welchen Bereichen die Gemeinde beziehungsweise die Residenzort Rastede GmbH unterstützend tätig werden kann.

Herr Kremming von der Beratungsgesellschaft CIMA erklärt anhand einer umfassenden Präsentation (Anlage 1 der Niederschrift) die Stärken und Schwächen im Rasteder Einzelhandel und weist insbesondere darauf hin, dass Rastede insgesamt recht gute Rahmenbedingungen und Potenziale hat, die in Zukunft verstärkt genutzt werden sollten. Gleichwohl ist es im Vergleich zur letzten Untersuchung zur Verkleinerung des Marktgebietes gekommen, der periodische Bereich hat unter anderem durch den Verlust eines zentrumsnahen Lebensmittelmarktes an Marktanteilen verloren und die Kaufkraftbindung ist leicht zurückgegangen. Es ist aus seiner Sicht daher von Bedeutung, den höherwertigen Filialistenmix zu verbessern und die Entwicklung des inhabergeführten Einzelhandels soweit möglich zu fördern und ein aktives Flächenmanagement zu betreiben. Darüber hinaus sollte zur Stärkung des periodischen Bereiches den vorhandenen Lebensmittelmärkten Erweiterungen ermöglicht und gegebenenfalls auch eine zentrumsnahe angemessene Neuansiedlung in Betracht gezogen werden.

Auf Nachfrage von Herrn Ahlers legt Herr Kemming dar, dass die Lebensmittelmärkte nach wie vor eine große Anziehungskraft und für die Innenstädte eine Ankerwirkung haben.

Im weiteren Verlauf werden einige Verständnisfragen gestellt und von der Verwaltung beziehungsweise Herrn Kremming geklärt.

Frau Lamers bemerkt, dass mit 155 Betrieben das Einzelhandelsangebot in Rastede immer noch sehr stark ausgeprägt ist und sich insbesondere der inhabergeführte Einzelhandel mit dem Ort identifiziert. Für die Zukunft ist es aus ihrer Sicht von großer Bedeutung, dass gemeinsam mit dem Handels- und Gewerbeverein, dem Beirat Kommunalmarketing und der Residenzort Rastede GmbH der zentrale Standort weiter gestärkt wird.

Herr Segebade schließt sich den Ausführungen weitestgehend an und betont ergänzend, dass die Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes richtig und wichtig ist, um auf Grundlage aktueller Daten zukunftsfähige Entscheidungen treffen zu können.

Frau Eyting ergänzt, dass der örtliche Handel insbesondere den Service und die Attraktivität verbessern muss, um eine größere Bindung der Bürger an das Zentrum erreichen zu können. Nur so kann es auch gelingen, sich vom Online-Handel abzuheben und mit eigenen innovativen Ideen beim Kunden zu punkten. Hinsichtlich der vorgetragenen Situation bei den Lebensmittelmärkten trägt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die von einigen Ketten angedachte Modernisierung der vorhandenen Märkte mit.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 6

Niederschlagswassergebühr - Grundsatzbeschluss und Vorschaltsetzung
Vorlage: 2014/040

Sitzungsverlauf:

Herr Henkel weist darauf hin, dass die Gemeinde mit dem Schmutz- und Regenwasserkanal zwei Kanalsysteme unterhält, die nach dem jeweiligen Neubau auch unterhalten und zu gegebener Zeit saniert werden müssen. Er betont, dass die Gemeinde nach dem Niedersächsischen Kommunalabgabengesetz verpflichtet ist, beispielsweise zur Deckung von Unterhaltungskosten Gebühren vom entsprechenden Verursacher zu erheben.

Frau Dräger vom Beratungshaus Schneider und Zajontz erläutert anhand einer umfangreichen und anschaulichen Power-Point-Präsentation, die als Anlage 2 der Niederschrift beigelegt ist, den aktuellen Sachstand sowie das weitere Vorgehen bezüglich der Einführung einer Niederschlagswassergebühr. Darüber hinaus stellt sie einige Beispiele zur Verteilung der Gebührenlast, den Zweck und Zusammenhang von Beiträgen und Gebühren sowie die Erhebungsparameter vor.

Frau Eying begrüßt den Vorschlag der Verwaltung, der auf einem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurückgeht, ausdrücklich und betont, dass es richtig ist, dass die teilweise recht hohen Kosten für die Unterhaltung von den Verursachern getragen werden und nicht wie bisher von der Allgemeinheit finanziert werden müssen. Im Übrigen wird auch ein ökologisches Signal gegeben, da die Grundstückseigentümer die Chance haben, Gebühren zu sparen, indem sie Flächen entsiegeln. Aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist die Gebühr ökologisch und ökonomisch sinnvoll und trägt obendrein dazu bei, die unter anderem durch die Abschreibungen belastete Haushaltssituation zu entschärfen.

Herr Segebade stellt ebenfalls heraus, dass die Gebühr richtigerweise nach dem Verursacherprinzip erhoben wird und anders als Steuermittel zu 100 Prozent bei der Gemeinde verbleibt. Zudem wird mit der Einführung der Gebühr auch der ökologische Aspekt berücksichtigt, sodass die SPD-Fraktion die Einführung der Niederschlagswassergebühr für richtig hält und entsprechend auch unterstützt.

Frau Lamers weist darauf hin, dass die heutige Thematik Niederschlagswassergebühr im großen Kontext „Haushalt“ zu sehen ist und die zur Debatte stehende Gebühr mit dazu beitragen soll, neben den bereits im vergangenen Jahr angepassten Kita- und Bädergebühren die strukturelle Unterfinanzierung des Haushaltes auszugleichen. Sie bemerkt ebenso wie ihre Vorredner, dass die Gebühren komplett der Gemeinde zufließen und nach dem Verursacherprinzip erhoben werden.

Herr Finkeisen macht deutlich, dass die Gebühr zwar rechtmäßig aber aus seiner Sicht ungerecht ist, da die Grundstückseigentümer von den ursprünglich gezahlten Beiträgen beim Grundstückskauf über die Abschreibung und den kalkulatorischen Zinsen bis hin zu den Beiträgen bei der eines Tages fälligen Ersatzbeschaffung bis zu dreimal für die Beseitigung des Niederschlagswassers bezahlen müssen.

Herr Henkel legt dar, dass für die Beseitigung des Regenwassers über das Kanalnetz keineswegs dreimal bezahlt werden muss. Während die beim Grundstückkauf gezahlten Beiträge für die Deckung der erstmaligen Anschaffungs- und Herstellungskosten verwendet werden, soll die neue Gebühr die laufende Unterhaltung, die Finanzierung von Ersatzbeschaffungen über Abschreibungen sowie die kalkulatorischen Zinsen für das von der Gemeinde selbst aufgewandte Kapital decken, was derzeit aus allgemeinen Steuergeldern finanziert wird.

Frau Dräger ergänzt, dass die einmalig gezahlten Beiträge die Herstellungskosten nicht zu 100 Prozent decken. Im Übrigen weist sie darauf hin, dass der Restwert der gesamten Anlage bei rund 9,3 Mio. Euro liegt, wovon lediglich 3,2 Mio. Euro an Beiträgen eingeflossen sind, so dass rund 6 Mio. Euro an Vorleistungen durch die Gemeinde Rastede getätigt wurden.

Herr Hillen macht darauf aufmerksam, dass die nach dem gerechten Verursacherprinzip erhobene Gebühr der Gemeinde Rastede langfristig Einnahmen sichert und den Haushalt entsprechend entlastet.

Herr Langhorst betont, dass es mehr als gerecht ist, eine Differenzierung zwischen dem nicht an das Regenwasserkanalnetz angeschlossenen Außenbereich und dem größtenteils angeschlossenen Innenbereich vorzunehmen. Damit wird letztendlich erreicht, dass die Kosten direkt und transparent vom Verursacher getragen werden.

Beschlussempfehlung:

1. Für die öffentliche Einrichtung „Niederschlagswasserbeseitigung“ wird mit Wirkung ab 1.1.2015 eine Gebühr erhoben.
2. Die Bemessung der Niederschlagswassergebühr erfolgt auf Grundlage der bebauten, überbauten und sonstigen versiegelten und an die Kanalisation angeschlossenen Flächen. Hierbei kommen folgende Versiegelungsfaktoren zur Anwendung:

Vollversiegelte befestigte Flächen Faktor 1,0
Teilversiegelte befestigte Flächen Faktor 0,7
Sonstige versiegelte Flächen Faktor 0,4

Bei Zisternen und Versickerungsanlagen, die ein Mindestfassungsvolumen von 2 m³ nachweisen und ganzjährig angeschlossen sind sowie einen Notüberlauf an die öffentliche Abwasseranlage vorhalten, werden je m³ Fassungsvolumen 25 m² einleitende Fläche mit einem Faktor von 0,5 angerechnet. Bei Zisternen mit Brauchwassernutzung wird der Faktor 0,1 angewandt.

Flächen, die an Niederschlagswasserrückhalteeinrichtungen mit einem Fassungsvolumen von mindestens 2 m³ angeschlossen sind und keinen Notüberlauf an die öffentliche Abwasseranlage vorhalten, gelten als nicht angeschlossene Flächen und werden nicht zu Gebühr veranlagt.

3. Die Vorschaltsatzung zur künftigen Abgabensatzung für die Erhebung von Niederschlagswassergebühren der Gemeinde Rastede wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 7

Zuwendungen des Jahres 2013
Vorlage: 2014/016

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschlussempfehlung:

Die in der Anlage aufgeführten Zuwendungen des Jahres 2013 ab einem Wert von 100,01 Euro werden angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 8

**Optimierter Regiebetrieb des Bauhofes der Gemeinde Rastede; Jahresabschluss 2012
Vorlage: 2014/021**

Sitzungsverlauf:

Auf Nachfrage von Frau Eyting erläutert Herr Henkel, dass mit der Einführung des neuen Kommunalen Haushaltsrechtes ein anderes Rechnungswesen nicht mehr zulässig ist, sodass vor diesem Hintergrund die weitere Ausgliederung des Bauhofes wenig sinnvoll ist.

Herr Segebade erkundigt sich, ob die Mitarbeiterstärke von 14 Personen dauerhaft ausreichend ist, um die umfassenden Aufgaben erfüllen zu können. Darüber hinaus regt er an, den Bauhof bei einem Ortstermin des Ausschusses einmal in Augenschein zu nehmen.

Bürgermeister von Essen bemerkt, dass der Bauhof personell ausreichend besetzt ist und im Vergleich zu Nachbarkommunen in den vergangenen Jahren Aufgaben vergeben worden sind, die von privaten Anbietern nachweislich günstiger und effektiver erledigt werden können. Hinsichtlich des gewünschten Ortstermins auf dem Bauhof hat die Verwaltung bereits angekündigt, zu gegebener Zeit eine Begehung des Geländes zu organisieren.

Beschlussempfehlung:

Der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses des Optimierten Regiebetriebes Bauhof Rastede für das Geschäftsjahr 2012 wird zur Kenntnis genommen.

Der Bauhof erwirtschaftete im Kalenderjahr 2012 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.846,29 Euro. Der Verlust wird auf den Gewinnvortrag der Jahre 2003 bis 2011 angerechnet und beträgt damit zum 31.12.2012 insgesamt 117.843,24 €

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 9

Haushalt 2013; Jahresabschluss

Vorlage: 2014/020

Sitzungsverlauf:

Herr Dudek stellt noch einmal ausführlich das in der Vorlage dargestellte Zahlenwerk vor und macht insbesondere darauf aufmerksam, dass der Kassenbestand zum 01.01.2014 in Höhe von rund 7 Mio. Euro durch Rückstellungen und Haushaltsreste verbraucht ist und nicht zur Verfügung steht, um beispielsweise die Aufnahme von Krediten zu verhindern. Stattdessen muss sogar eine Kreditermächtigung in Höhe von 2,1 Mio. Euro aus 2013 übertragen werden, um noch nicht abgeschlossene beziehungsweise in 2014 übertragene Maßnahmen durchfinanzieren zu können. Dadurch ergibt sich für 2014 eine planerische Kreditaufnahme von rund 8 Mio. Euro (2014 = 6 Mio. Euro plus 2013 = 2 Mio. Euro).

Frau Lamers und Herr Segebade bedauern, dass aufgrund der Umstellung des Kommunalen Haushaltsrechtes noch keine geprüften Zahlen vorliegen, die eine abschließende Betrachtung ermöglichen.

Auf Nachfrage von Frau Lamers erläutert Herr Dudek, dass vom Rechnungsprüfungsamt noch keine Antwort vorliegt, wann und über welchen Zeitraum die Prüfung des Jahresabschlusses 2009 erfolgen soll. Er weist jedoch darauf hin, dass die Ratsgremien vor dem Hintergrund der vorliegenden Zahlen und der seinerzeit aufgestellten Eröffnungsbilanz insgesamt kein ungutes Gefühl haben müssen.

Beschluss:

Der Bericht über den Stand des Jahresabschlusses 2013 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 10

Durchführung Haushaltsplan 2014

Vorlage: 2014/042

Sitzungsverlauf:

Herr Henkel erläutert die wesentlichen Inhalte der Vorlage und macht insbesondere darauf aufmerksam, dass nur Maßnahmen gestreckt werden, die vertretbar sind und sich für die Bürgerinnen und Bürger nicht nachteilig auswirken.

Frau Lamers legt dar, dass es richtig und wichtig ist, dass die Verwaltung rechtzeitig darüber informiert, dass aufgrund von Personalausfällen und der Aufnahme von neuen Projekten wie beispielsweise die Dorferneuerung und der Umbau der Oldenburger Straße bedingt Engpässe auftreten, die zu einer veränderten Zeitschiene beziehungsweise Prioritätensetzung führen.

Auf Nachfrage von Frau Eyting erklärt Herr Henkel, dass aufgrund des Aufgabenzuschnittes die Probleme insbesondere im Geschäftsbereich 3 – Bauen und Verkehr liegen.

Herr Ammermann ergänzt, dass die Verwaltung bei Maßnahmen wie der Ortsumgehung in Loy, dem Ausbau der Bahnstrecke Oldenburg-Wilhelmshaven und der geplanten Küstenautobahn oftmals auch fremdgesteuert wird und dann zeitnah Aufgaben abarbeiten muss, die ursprünglich in diesem Zeitfenster nicht vorgesehen waren.

Herr Henkel unterbreitet abschließend auf Wunsch mehrerer Ausschussmitglieder den Vorschlag, künftig regelmäßig über den aktuellen Sachstand zur Durchführung des Haushaltsplanes zu informieren.

Beschlussempfehlung:

Die ursprünglich für 2014 vorgesehene bauliche Durchführung von Erschließungsmaßnahmen in den Bereichen Wahnbek und Hahn-Lehmden werden 2015 durchgeführt.

Die bauliche Durchführung des I. Bauabschnittes für die Straßensanierung der Bachstraße wird 2015 durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11

Nein-Stimmen:

Enthaltung:

Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 11

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen gestellt.

Tagesordnungspunkt 12

Schließung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Langhorst schließt die öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses um 17:54 Uhr.